

Jacek Makowski\*

**FACHKOMMUNIKATIVE ASPEKTE  
PARLAMENTARISCHER PLENARDEBATTEN  
AM BEISPIEL DER AUSSPRACHE DES  
EUROPÄISCHEN PARLAMENTS ÜBER DIE  
»ABGESTIMMTE REAKTION DER EU AUF DIE  
AUSBREITUNG DES CORONAVIRUS SARS-  
COV-2« MIT FOKUS AUF LEXIKALISCHE  
KATEGORIEN**

**PROFESSIONAL COMMUNICATION IN  
PARLIAMENTARY PLENARY SITTINGS  
DEMONSTRATED ON THE EXAMPLE OF THE  
DEBATE OF EUROPEAN PARLIAMENT ON THE  
»EUROPEAN COORDINATED RESPONSE TO  
THE COVID-19 OUTBREAK« WITH FOCUS ON  
LEXICAL CATEGORIES**

Aus Sicht eines germanistisch ausgebildeten Fachübersetzers u./o. -dolmetschers kann die Auseinandersetzung mit heterogenen, multidimensionalen Fachdiskursen oft einen Problemfall darstellen, betrachtet man die Vielzahl der zu bewältigenden Variationsparameter, welche die übersetzten/verdolmetschten Fachtexte beeinflussen. In der einschlägigen Literatur zu politischer Kommunikation findet sich oft die Frage, inwiefern die Politikersprache aus fachkommunikativer Sicht als Fachsprache zu betrachten ist. Im vorliegenden Beitrag richtet sich die Forschungsfrage darauf, wie sich die Rollenheterogenität der Textemittenten sowie die Vielzahl institutioneller Va-

---

\* Univ.-Prof. Dr. habil., Universität Łódź, Institut für Germanistik, Polen.

riationsparameter in den Redebeiträgen innerhalb der Aussprachen des Europäischen Parlaments unter fachkommunikativen Gesichtspunkten manifestiert. Aus der Perspektive politolinguistischer und soziolinguistischer Überlegungen zum Phänomen der Politikersprache im Europäischen Parlament erfolgt eine exemplarische Textanalyse von sechs deutschsprachigen Wortmeldungen aus der Plenardebatte zur „Abgestimmte[n] Reaktion der EU auf die Ausbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2“ vom 26. März 2020.

**Schlüsselwörter:** Fachkommunikation, Fachsprache, Politikersprache, Abgeordnetenrede, Plenardebatte, Europäisches Parlament, Coronavirus, SARS-CoV-2

From the point of view of an Germanist in his role as an translator or interpreter, the confrontation with heterogenic, multidimensional professional discourses can be problematic considering all different parameters and contexts, which have an influence on the translated/interpreted texts. Linguistic studies on political communication often discuss the problem of political language being considered as an language for specific purposes (LSP). The aim of this paper is to show, in which way the heterogeneity of roles of the Members of the European Parliament as well as the variety of institutional parameters of the European Parliament impacts the speeches made during the plenary sessions. From the perspective of sociolinguistic reflections on the political language in the European Parliament, the paper shows the results of the analysis of six speeches of German-speaking MEPs on the „European coordinated response to the COVID-19 outbreak“.

**Keywords:** professional communication, LSP, political language, MEPs speech, plenary session, European Parliament, coronavirus, COVID-19

## 1. Einleitung

Im Hinblick auf die Beschäftigungsfähigkeit von Germanistikabsolvent/innen und-student/innen in Polen tun sich bei Betrachtung der Palette möglicher beruflicher Laufbahnen für Germanist/innen drei Sparten besonders stark hervor. Zu einen ist es die didaktische Aktivität so im schulischen wie privaten oder wirtschaftsbezogenen Bereich, zum anderen der in Polen innerhalb der letzten Dekade stark florierende Markt für moderne Unternehmensdienstleistungen. Last but not least handelt es sich um die facettenreiche Beschäftigung in der Branche des Fachübersetzens und Fachdolmetschens – von selbständiger Tätigkeit bis hin zur Anstellung in globalen Großkonzernen oder internationalen Institutionen. Unabhängig von dem Umfang der wahrgenommen Aufgaben werden Germanist/innen in ihrer Rolle als Fachübersetzer oder -dolmetscher meist mit multiplen diversen Wissensbereichen konfrontiert, die ihnen sowohl

sprachliche, translatorische, technologische<sup>1</sup> oder interkulturelle Kompetenzen abverlangen, als auch konkretes nicht selten komplexes Fachwissen im jeweiligen Wissensbereich. Noch vielschichtiger und anspruchsvoller, wie im vorliegenden Beitrag am Beispiel des Europäischen Parlaments<sup>2</sup> nahegelegt wird, erscheint in diesem Zusammenhang aus Sicht des Fachübersetzers u./o. Fachdolmetschers die Auseinandersetzung mit durchaus heterogenen, multidimensionalen Fachdiskursen, welche ein Geflecht aus Allgemeinsprache, institutionspezifischer Fachlexik, mehreren sich überschneidenden Fachbereichen und meist nur Insidern bekannten diversen Fachjargons darstellen können.

Für die Auffassung der Politikersprache als einer gesonderten Fachsprache scheint die Vielfältigkeit des sprachlichen Handelns von politischen Funktionsträgern bei Weitem zu breit. Politiker bewegen sich „in den verschiedensten Sprachfeldern, Sprachebenen und Sprachstilen“, Sprache erweist sich nicht nur als „ein wichtiges Mittel des Politikers, sondern das Element, in dem sein Beruf sich vollzieht“:

Was er auch tut, auf welchem Felde er auch wirkt, stets arbeitet er mit dem geschriebenen, gelesenen, gehörten oder gesprochenen Wort: Er liest diplomatische Korrespondenz, Sitzungsprotokolle, Geheimdienstberichte, Zeitungskommentare, wissenschaftliche Gutachten, Akten aller Art. Er schreibt Briefe, diplomatische Noten, parlamentarische Reden. Er formuliert Depeschen, Wahlprogramme, Werbetexte. Er arbeitet Verträge aus. Seine Anweisungen, Korrekturen und Bemerkungen finden sprachlich unterschiedlichste Formen. Der Arbeitstag des Politikers besteht aus Beratungen, Sitzungen, öffentlichen Reden, Diktaten, Empfangen, Arbeitssessen, diplomatischen Adressen. Das Leben des Politikers ist reden, schreiben, lesen: Umgang mit dem Wort (Greiffenhagen 1980, 9 bei Burkhardt 2003, 117).

Am Beispiel von Abgeordneten des Deutschen Bundestags verwies Holly (vgl. 1989 u. 1990) auf den Zwang zum „Stilmix“ sowie „Code-switching“ und unterstrich hierbei, dass auf Grund der Rollenvielfalt und Rollenheterogenität der von politischen Akteuren wahrgenommenen Aufgaben der politische Sprachgebrauch immer vielschichtiger, uneinheitlicher, chaotischer, chamäleonhafter, gleichzeitig aber auch langweiliger und raffinierter werde (vgl. Holly 1989, 248f.). In Zeiten der Globalisierung, Medialisierung und Amerikanisierung der politischen Kommunikation, der Ära von Sozialen Medien, kommt ferner

---

<sup>1</sup> Etwa den Umgang mit Anwendungsprogrammen zur computergestützten Übersetzung (engl. *computer assisted translation, CAT*) oder Terminologiemanagement.

<sup>2</sup> Mit den insgesamt 24 zu bedienenden Amtssprachen verfügt das Europäische Parlament derzeit über einen der größten Dolmetsch- und Übersetzungsdienste der Welt, vgl. [www.europarl.europa.eu/interpretation/de/introduction/introduction.html](http://www.europarl.europa.eu/interpretation/de/introduction/introduction.html) [Zugriff am 01.07.2020].

der „wachsend[e] Druck, ständig präsent zu sein“ hinzu (Reissen-Kosch 2016, 10). Politische Funktionsträger geraten durch die „Ausweitung des Mediensystems, die Zunahme der Anbieter und die wachsende Unübersichtlichkeit der Angebote“ auf modernen Medienmärkten zunehmend unter „Professionalisierungsdruck, wenn es darum geht, mediale Aufmerksamkeit zu erzeugen“ (Sarcinelli 2009, 180, vgl. hierzu Makowski 2020, 216f.).

Nicht anders stellt sich der Aspekt der Rollenvielfalt im Hinblick auf die Politikersprache im Europäischen Parlament dar. Abgeordnete vereinen typische Merkmale von mit europäischer Politikgestaltung beschäftigten Eurokraten und mitgliedstaatlich verwurzelten Akteuren, die jedoch nicht im Hinblick auf nationale Zugehörigkeit sondern nach ideologischen Kriterien in Fraktionen eingeteilt sind (vgl. Ross 2003, 29f.). Außer ihres Abgeordnetenmandats sind sie Mitglieder von Delegationen, Interessengruppen, Präsidien, Vorsitzen und sonstigen Gremien. Zugleich beteiligen sie sich sowohl bei Plenarsitzungen als auch Arbeiten von fachspezifischen Parlamentsausschüssen an Aussprachen, welche von Beschäftigung und Sozialpolitik über Energie, Gesundheit, Kultur, Landwirtschaft, Steuerwesen bis Menschenrechte und Demokratie Fachbereiche rund um das gesamte Spektrum der Politikfelder der Europäischen Union abdecken, sodass die Auffassung ihres politischen Sprachverhaltens im berufs- und fachkommunikativen Sinn durchaus legitim erscheint.

Vor dem Hintergrund soziolinguistischer Erörterungen zum Phänomen der Politikersprache in den Plenardebatten des Europäischen Parlaments soll im vorliegenden Beitrag auf die Frage eingegangen werden, auf welche Art und Weise sich die Vielfalt institutionell bedingter externer Variationsparameter sowie die genannte Rollenvielfalt und Rollenheterogenität der Abgeordneten unter fachkommunikativen Aspekten in den Aussprachen des Europäischen Parlaments innerhalb der lexikalischen Kategorien der politischen Textsorte Abgeordnetenrede im Europäischen Parlament manifestieren kann. Als Untersuchungskorpus für die anschließende exemplarische Textanalyse dienen sechs deutschsprachige Wortmeldungen, die der Aussprache zur „Abgestimmte[n] Reaktion der EU auf die Ausbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2“ vom 26. März 2020 entnommen wurden.

## **2. Soziolinguistische Dimension der Politikersprache im Europäischen Parlament**

In modernen Gesellschaften ergeben sich zahlreiche Spannungsfelder sowie Kontroversen, die aus der Beruflichkeit von Politik resultieren (vgl. Edinger/Patzelt 2011, 10), wie etwa die Diskrepanz zwischen politischer Professionalisierung und eventuellen demokratischen Legitimationsverlusten oder den Kri-

terien und „Standards für Professionalität“ im Falle politischer Funktionsträger (Edinger/Patzelt 2011, 12ff.). Nicht zuletzt stellt sich auch die Frage nach dem methodologischen Ansatz und wissenschaftlichen Instrumentarien, die in dieser Hinsicht herangezogen werden können. In den bisherigen Versuchen, die Politikersprache<sup>3</sup> aus linguistischem, bzw. soziolinguistischem Standpunkt aus zu betrachten, wird in der einschlägigen Literatur nicht selten die Frage nach der Möglichkeit der Auffassung der Politikersprache als einer gesonderten Fachsprache diskutiert<sup>4</sup>.

Die Sprache der Politik, so Roth (2004, 156), „nähert sich, trotz einiger wichtiger Einschränkungen, dem Charakter einer Fachsprache an“, da die Politik einen „eigenen und zudem einen hochgradig komplexen Wissensbereich darstellt“, wodurch für den Politiker „die Sachbezogenheit der positionalen Darstellung [...] eine besondere Herausforderung“ bedeutet. Im Hinblick auf die genannten Einschränkungen wird hier auf die Auffassung von Burger (1990) verwiesen, da sich im Rahmen der als Fachsprache aufgefassten Politikersprache „verschiedenste andere Fachbereiche und deren Sprache vermischen“. Hierdurch fällt es schwer einzugrenzen, was man überhaupt „als das »Fach« der Politik“ betrachten soll. Zum anderen zeichnen sich „die Begriffe der Politikersprache durch eine extrem unterschiedliche semantische Tiefe bei den verschiedenen Empfängern“ aus, die „für Fachsprachen eher untypisch“ sei (Roth 2004, 156, vgl. Burger 1990, 266).

In Anlehnung an Luckmann (1969) spricht Burkhard (2003) in diesem Sinn von speziellen Sprachformen und „institutionsspezifischen Kommunikationsnetzen“, die zu Institutionen gehören und einen Rahmen bilden, „innerhalb dessen sich institutionsspezifische Sprachen herauszubilden“ (Luckmann 1969, 1072, bei Burkhardt 2003, 281). In diesem Zusammenhang zeichnen sich politische Institutionen generell und das Parlament im Besonderen durch bestimmte sprachliche Eigenarten aus, es bilden sich

in allen Institutionen fach- oder anderssprachlichen Wortschätze und Sprachstile heraus, wobei die fach- oder anderssprachlichen Elemente hauptsächlich dazu dienen,

---

<sup>3</sup> Im Rahmen des vorliegenden Beitrags wird als Bezeichnung des Sprachverhaltens von Abgeordneten des Europäischen Parlaments im Rahmen der Plenardebatten der Ausdruck *Politikersprache* gebraucht. Hierdurch kommt zum einen die Rolle des Berufspolitikers als Textemittenten besser zum Tragen, zum anderen wird der Aspekt hervorgehoben, dass es sich um eine gesprochene ggf. gesprochen realisierte Kommunikationsform handelt, sprich: eine mündliche bzw. mündlich vorgetragene kommunikative Interaktion politischer Funktionsträger im Rahmen einer politischen Institution, vgl. hierzu Makowski (2013, 90).

<sup>4</sup> Man vergleiche dazu u. a. Dieckmann (1981), Möhn/Pelka (1984), Strauß (1986), Klein (1989), Burger (1990), Holly (1990), Burkhardt (2003), Roth (2004) oder Girth (2015).

Gegenstände, Struktur und Arbeitsbereich der jeweiligen Institution lexikalisch ausdifferenzieren, während der Sprachstil eher als Veräußerlichung des Selbstverständnisses der Institution und des Verhältnisses der Institutionsmitglieder zueinander zu betrachten ist (Burkhardt 2003, 281, vgl. hierzu auch Makowski 2013, 182f.).

Zugleich weist er auf die Tatsache hin, dass man die politische Sprache im weitesten und die Sprache des Parlamentarismus im engen Sinn generell „nicht einfach als Fachsprache wie jede andere bestimmen kann“. Sie bediene sich vielmehr, „je nach Bedarf und auf der Grundlage der Standardsprache, spezielsprachlicher Elemente aus Wissenschaft und Verwaltung, ist also eher als ein Konglomerat aus verschiedenen Subcodes [...] anzusehen (Burkhardt 2003, 350).

In seinen Erörterungen zum politischen Lexikon verweist Girnth (2015) auf den in der einschlägigen Literatur häufig angeführten Vorschlag zur Gliederung des politischen Lexikons von Dieckmann (1975), welcher zwischen Institutionsprache (geteilt in Organisations- und Verfahrenssprache), der Fachsprache des verwalteten Sachgebiets sowie Ideologiesprache unterscheidet (vgl. Dieckmann 1975, 47ff.; s. hierzu Girnth 2015, 57ff.). Die Fachsprache des verwalteten Sachgebiets gliedert sich demnach „in die speziellen Wortschatzeinheiten der Wirtschaftspolitik, der Kulturpolitik, der Landwirtschaftspolitik usw. und ist nicht zu verwechseln mit der Sprache in den entsprechenden Ministerialbürokratien“ (Dieckmann 1975, 51). Die Sprache des Parlaments bildet dabei nach Dieckmann eine Art Geflecht aus bestimmten Teileinheiten:

Die Sprache des Parlaments enthält einmal den Organisations- und Verfahrenswortschatz, d. h. die Bezeichnungen für die Organisation des Parlaments und die formalen Prozesse, in denen die gesetzgeberische Arbeit vor sich geht (Ausschuss, Sitzungsperiode, Hammelsprung, Abstimmung). Außerdem ist das Parlament der Ort der Debatte, der Ort der parlamentarischen Beratungs- und Streitsprache, die Quelle vieler Schlagworte und Slogans, die „zum Fenster hinaus“ an die Öffentlichkeit gerichtet sind. Diese Sprache ist, was den Wortschatz betrifft, unselbständig. Sie aktualisiert die Sprache des Sachgebietes, aus dem eine Frage diskutiert wird, und überhöht sich mit dem Vokabular der Ideologiesprache. Schließlich ist die Sprache des Parlaments auch die Sprache des Gesetzgebers. Die Sprache der Gesetze selbst wird aber nicht von dem bestimmt, der die Gesetze beschließt, sondern von dem, der sie formuliert. Und das sind heute weitgehend die Bürokratien, die die Gesetzesvorschläge ausarbeiten. Der Wortschatz stammt aus den Sachbereichen, in die das Gesetz regelnd eingreift (Dieckmann 1975, 48).

In ähnlichem Sinn fast Strauß (1986, 194) die politische Kommunikation als einen spezifischen Verbund aus „Fachsprachenpluralitäten“ und öffentlicher Sprache, sie sei eine Sprache, deren soziale Geltung nicht einzig und allein auf bestimmte Expertengruppen einzuschränken ist. Gegen die Charakterisierung der Sprache der Politik als einer gesonderten Fachsprache sprechen auch nach

Klein (1989, 6) vor allen Dingen ihr Mischcharakter, ihre Überschneidungen mit mehreren Fachsprachen sowie ihre breite „Überlappung mit der Alltagssprache“. Dabei greift Klein den Gliederungsvorschlag von Dieckmann (1975) auf und unterscheidet zwischen dem Institutionsvokabular (entsprechend der Institutionssprache von Dieckmann), dem Ressortvokabular (entsprechend der Fachsprache des verwalteten Sachgebiets bei Dieckmann) und dem allgemeinen Interaktionsvokabular (als eine Erweiterung der Kategorie Ideologiesprache von Dieckmann) (vgl. Girnth 2015, 58f.). Im Hinblick auf das Ressortvokabular verweist Klein (1989) auf die Tatsache, dass sich die Politik auf „alle öffentlichen Bereiche“ bezieht und damit politische Sprachverwendung „in vielfältiger Weise Vokabular aus den verschiedenen Fachsprache der zahlreichen Sachbereiche“ integriert, welche „für die politische Entscheidungen getroffen werden und für die es Ressorts gibt“, wie etwa „Auswärtige Beziehungen, Wirtschaft, Finanzen, Sozialpolitik, Umwelt, Justiz, Städtebau, Bildungswesen etc.“. Politiker würden dabei umso mehr „in ihrem jeweiligen Wirkungsbereich von Ressortvokabular Gebrauch machen“, je stärker sie „ressortorientiert sind“ und je mehr ihre politische Tätigkeit auf „bestimmte Fachkreise und/oder Interessengruppen“ ausgerichtet ist (Klein 1989, 6). Mit Blick auf die Verständlichkeitsproblematik greifen sie auf Wörter zurück, mit deren Hilfe „politische Sprachverwendung oft geradezu vermittelt zwischen Fachterminologie und Allgemeinsprache“: Zum einen Wörter, die „trotz fachsprachlicher Verankerung [...] aufgrund ihrer Kompositionselemente“ (z. B. *Höchstwerte*) gut verständlich sind oder es für sie „eine breite Verstehenstradition“ gibt (*Sozialhilfe, Konjunktur*). Zum anderen sind es plakative semi-fachsprachliche Ausdrücke, welche „politische brisante Tatbestände eines Ressorts auf eine griffige Formulierung“ bringen (*Giftmüll, Fristenlösung, Maschinensteuer*) (Klein 1989, 6f.). Aber auch innerhalb des politischen Institutionsvokabulars lassen sich nach Klein Bezeichnungen isolieren, welche fachsprachliche Züge aufweisen, wie etwa:

- Bezeichnungen für die staatlichen Organisationen (*Parlament, Partei, Opposition, Plenum, Fraktion*),
- Bezeichnungen für staatliche und politische Rollen (*Mandat, Amt, Mitglied des Bundestages, Bundeskanzler, Parteitagsdelegierter*),
- Bezeichnungen für kodifizierte Normierungen politisch institutionellen Handelns (*Charta, Gesetz, Vertrag, Pakt, Verfassung*),
- Politik-spezifische Bezeichnungen für politische Handlungen, Prozesse und Zustände (*Wahlen, Lesung, Abstimmung, Plenardebatte, Wahlkampf*),
- Bezeichnungen der favorisierten Prinzipien der Organisation politischen Lebens (*parlamentarische Demokratie, Gewaltenteilung, Pluralismus, Pressefreiheit, Rechtsstaatlichkeit*),
- Bezeichnungen für grundlegende Werte und Handlungsorientierungen (*Menschenrechte, Freiheit, Solidarität, Frieden, Recht*) (vgl. Klein 1989, 7f.).

Für eine soziolinguistische Positionierung des Phänomens der Politikersprache im Europäischen Parlament fallen somit mehrere Parameter besonders ins Gewicht.

Nach Henne/Rehbock (2001) lässt sich die Plenarkommunikation als ein „natürlich arrangiertes“, „öffentliches“, „speziell themafixiertes“, „apraktisches“ Großgruppen-face-to-face-Gespräch des „kopfarbeitsorientierten“ Gesprächsbereichs „Kolloquien, Konferenzen, Diskussionen“ beschreiben. Die Gesprächspartner sind dabei „einigermaßen bekannt“ und „routiniert“ bis „speziell vorbereitet“ (Henne/Rehbock 2001, 24ff. bei Burkhardt 2003, 337). Die jeweiligen Wortmeldungen der Gesprächspartner verstehen sich in dieser Hinsicht als die einzelnen Bestandteile („Turns“), welche nach der Geschäftsordnung festen Regulierungen unterliegen (Rednerlisten, Redezeit, Sitzordnung etc.). Die einzelnen Abgeordnetenreden werden vom Prinzip her mündlich vorgetragen, lassen sich jedoch nicht selten aufgrund häufiger Verwendung von ausgearbeiteten Notizen nur mit gewissen Vorbehalten als Teil der mündlichen Kommunikation bezeichnen (Pseudo- oder Semi-Mündlichkeit bzw. Pseudo- oder Semi-Schriftlichkeit) (vgl. Makowski 2013, 192). Als Textemittenten kommen mit wenigen Ausnahmen wie Vertretern der EU-Kommission oder geladenen Gästen nur die Mitglieder des Europäischen Parlaments in Frage.

In Bezug auf die EU-Abgeordneten als Textemittenten kann ohne Zweifel davon ausgegangen werden, dass das Amt des Mitgliedes des Europäischen Parlaments durch Erfüllung bestimmter in der einschlägigen Literatur festgesetzter Kriterien vollständig professionalisiert ist. Außer den bei Stolz (2011) und Borchert (1999 und 2003) erläuterten Merkmalen der Professionalisierung von Politik, nämlich 1) dem Interesse an einem stetigen und verlässlichen Einkommen sowie zusätzlichen (finanziellen) Privilegien, 2) Aussichten auf Karrieresicherung und 3) Aufstiegschancen, gehen mit dem Amt des EU-Abgeordneten weitere Gratifikationen einher wie etwa die Nähe zur Macht, hoher Status sowie Medienpräsenz (vgl. Borchert 2003). Diese Auffassung der EU-Abgeordneten als Berufspolitiker untermauert auch die Erkenntnis, dass, so Stolz (2011), Berufspolitiker im modernen Parlamentarismus als Gesetzgeber zugleich etwa durch die Geschäftsordnung sowie Beschlüsse des Parlaments und des Präsidiums in der Lage sind, den institutionellen Rahmen ihrer Karrieren selbst nach eigenen Vorstellungen und Bedürfnissen zu strukturieren und zu gestalten (vgl. Stolz 2011, 36; s. hierzu Makowski 2012 und 2013).

Das Themenspektrum der Aussprachen des Europäischen Parlaments und somit der zu behandelnden Sachgebiete richtet sich in erster Linie nach den Politikfeldern der Europäischen Union. Diese umfassen unter anderem Fachbereiche wie allgemeine und berufliche Bildung, Beschäftigung und Sozialpolitik, Energie, Gesundheit, humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz, Recht und Grundrechte, Kultur, Landwirtschaft, Steuerwesen, Unternehmen und Industrie, Verkehr



sowie weitere Politikfelder<sup>5</sup>. So ist auch im Fall der Politikersprache innerhalb der Plenardebatten des Europäischen Parlament davon auszugehen, dass es sich im Hinblick auf fachkommunikative Aspekte der Aussprachen vielmehr um den Einsatz von „Fachsprachenpluralitäten“ handelt.

### 3. Lexikalische Kategorien der Textsorte Abgeordnetenrede im Europäischen Parlament in fachkommunikativer Hinsicht

Bei Berücksichtigung der vorgehenden Erörterungen lässt sich die Politikersprache im Europäischen Parlament in varietätenlinguistischen Sinn m. E. als eine gruppenspezifische (EP-Abgeordnete als Textemittenten), berufsspezifische (EP-Abgeordneter als Berufspolitiker) und fachspezifische Sprachvariante auffassen, wobei mit dem Letzteren der Verbund aus öffentlicher Sprache, diversen Fachsprachenpluralitäten, politischem und EU-spezifischem Institutionsvokabular sowie allgemeiner und EP-eigener Parlamentssemiotik gemeint sei (vgl. hierzu Makowski 2013, 180–187). Bei einer näheren Betrachtung der Textsorte Abgeordnetenrede im Europäischen Parlament unter lexikalischen Kriterien<sup>6</sup> können im Detail folgende Teilbereiche belegt werden:

- Fachwortschatz aus dem Bereich der Politikfelder der Europäischen Union – variabel je nach Aussprachegegenstand (z. B. *Staatsanwaltschaft, Finanzmarktkontrollen, Gletscherabschmelze, Nukleardossier, Sozialpakt, Schwellenland, Donaauraumstrategie, Antiterrorkampf, Binnenschifffahrt*),
- politisches Institutionsvokabular: u. a. Bezeichnungen für staatliche Organisationen (*UNO*), Bezeichnungen für staatliche und politische Rollen (*Regierung*), Bezeichnungen für kodifizierte Normierungen politisch institutionellen Handelns, sowohl allgemein (*Entwurf*) wie konkret (*Freihandelsabkommen*), Politik-spezifische Bezeichnungen für politisch Handlungen, Prozesse und Zustände (*Wahlen*),
- EU-spezifische Lexik: u. a. Bezeichnungen für Organe und Einrichtungen der EU, Bezeichnungen für Mitglieder, Organe und Verfahren des Europäischen Parlaments, Bezeichnungen für Beamte und Funktionäre der Europäischen Union, Bezeichnungen für Verträge und Dokumente der EU, sonstige Termini technici der EU,

<sup>5</sup> Vgl. [https://europa.eu/european-union/topics\\_de](https://europa.eu/european-union/topics_de) [Zugriff am 27.05.2020].

<sup>6</sup> Das im Bereich der Politolinguistik relativ weitverbreitete Kategorieinventar von Klein (2000) unterscheidet zur Beschreibung von politischen Textsorten pragmatische, semantische, lexikalische, grammatische und rhetorische Kriterien, vgl. u. a. Pappert (2017) zur Textsorte Wahlplakat, siehe auch Fix (2014) zur Textsorte Leserbrief oder Makowski (2020) zur Textsorte Pressemitteilung.

- Sog. „Eurospeak“ im Sinn teils jargonalisierter Ausdrücke, oft in Verbindung mit meist englischsprachlichen Kompetenten (z. B. *Double-track-Politik*, *Win-win-Situation*, *politisches Filtering*, *Der Anlass dieser Urgency*),
- Parlamentssemiotik: Bezeichnungen, die auf die augenblickliche Sprachsituation hinweisen (*hier auf der Tribüne*),
- politisches Schlagwort (bewertende, evaluative bzw. abwertende Lexik),
- umgangssprachliche Formulierungen als Ausdruck konzeptioneller Mündlichkeit,
- nationale und regionale Varianten („Mehrdeutigkeiten“<sup>7</sup>) (vgl. zu alledem Makowski 2013, 227ff. u. 240f.).

#### 4. Exemplarische Textanalyse

Für die anschließende exemplarische Textanalyse dienen als Untersuchungskorpus sechs deutschsprachige Wortmeldungen, die der Aussprache zur „Abgestimmte[n] Reaktion der EU auf die Ausbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2“ vom 26. März 2020 entnommen wurden (siehe Anhang). Die einzelnen Wortmeldungen im Anhang wurden durchgehend von [T01] bis [T06] markiert und entsprechen dem eigentlichen Wortlaut der Aussprache. Die redaktionell bearbeitete CRE-Fassung sowie das Videomaterial sind der offiziellen Webseite des Europäischen Parlaments<sup>8</sup> zu entnehmen. Eine Vielzahl der nachstehend angeführten Sprachbeispiele wurde innerhalb der jeweiligen Wortmeldung mehrfach verwendet. Dies wird folgend durch die vorangestellte Ziffer direkt vor dem angeführten Ausdruck markiert, so bedeutet etwa die Markierung [T03]<sup>3</sup> COVID-19 die dreifache Verwendung der Bezeichnung COVID-19 im Redebeitrag [T03].

Das Hauptthema der Aussprache wird im Vorfeld durch die Tagesordnung festgelegt und bezieht sich somit auf das Politikfeld Gesundheit und im Detail die Ausbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2, es werden jedoch von Fall zu Fall auch andere Politikfelder angeschnitten. Dies ist auch innerhalb der eingesetzten (Fach)lexik zu erkennen, im untersuchten Textmaterial überwiegen quantitativ Ausdrücke aus dem Fachbereich Gesundheit, die in allen untersuchten Texten vertreten sind:

---

<sup>7</sup> Im Rahmen des Gemeinschaftsrechts wie auch beim Vergleich von nationalem und gemeinschaftlichem Recht verweist Lohse (2002) auf sogenannte Mehrdeutigkeiten im Sinn einer eindeutig negativ konnotierten deutschen Begriffsvielfalt und Synonymik, vgl. Greule (2004, 9ff.).

<sup>8</sup> Unter [https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2020-03-26-ITM-019\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2020-03-26-ITM-019_DE.html) [Zugriff am 01.06.2020].

- *Ausbruch, Coronapandemie, <sup>2</sup>Krankenhäuser[r], persönliche Gesundheit, Pfleger, Corona, Patienten, Schutzausstattung, Beatmungsgeräte, Forscher, Tests, Impfstoff[e], Medikament[e], Behandlungsmöglichkeiten, Einschränkungen* [T01],
- *Coronakrise* [T02],
- *<sup>3</sup>COVID-19, Opfe[r], Bekämpfung, <sup>2</sup>Virus, eindämmen, Hygienemaßnahmen* [T03],
- *Coronavirus, medizinisches Material, Schutzmasken, Schutzanzüge, <sup>2</sup>Virus* [T04],
- *Virus, <sup>2</sup>Krankenhäuser[r], Patienten* [T05],
- *<sup>2</sup>Coronakrise, <sup>2</sup>Virus, Ausbreitung* [T06].

Sowohl thematisch wie lexikalisch bildet auch das Politikfeld Unternehmen und Industrie einen relativ relevanten Bereich:

- *Arbeitsplatz, Firma, Fachkräfte, Ersatzteile, Lebensmittel, Produkte, Werkbänke* [T01],
- *volkswirtschaftliche[r] Schaden, Weiße Wochen* [T03],
- *Wirtschaftskrise* [T04],
- *Liquidität, Unternehmen, mittelständische Wirtschaft, Arbeitsplatz, Unternehmen, Strukturen, Maßnahmenpaket, Fischereisektor, Stresstest* [T06].

Einen interessanten Bereich bildet das im weitesten Sinn thematisch wie lexikalisch stark vertretene Politikfeld Humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz mit Ausdrücken wie *Notprogramm[e], krisenfest, Shutdown, Hilfsprogramm[e]* [T02], *Notstand*, [T03] oder *Krise* [T02, T03, T04, T05, T06]. Hierbei bildet die im zusammengestellten Untersuchungsmaterial meist gebrauchte Komponente *-krise*<sup>9</sup> einen Sonderfall. Zum einen kann sie nämlich entweder als alleinstehende Bezeichnung durch ko- und kontextuelle Markierung wie etwa in *von dieser **Krise** des Coronavirus* [T02], *Diese **Krise**, die Coronakrise* [T06] oder als Komponente eines Kompositums wie in *Coronakrise* [T02], *Wirtschaftskrise, Migrationskrise* [T04] in engerem Sinn eindeutig einem konkreten Politikfeld zugeschrieben werden. Auf der anderen Seite scheint die Komponente, besonders in abschließenden u./o. zusammenfassenden Teilen der Redebeiträge, als ein konkrete Politikfelder übergreifendes Schlagwort und Oberbegriff für die Gesamtsituation zum Einsatz zu kommen, wie etwa in den nachstehenden Beispielen:

---

<sup>9</sup> Mit insgesamt 21 Verwendungen, davon 15 als alleinstehende Bezeichnung Krise und sechs Verwendungen in Konstellation mit anderen Konstituenten: <sup>5</sup>Krise [T02], Krise [T03], <sup>3</sup>Krise [T04], <sup>2</sup>Krise [T05], <sup>4</sup>Krise [T06] und Coronakrise [T02, <sup>2</sup>T06], krisenfest [T02], Wirtschaftskrise, Migrationskrise [T04]. Falls nicht anders angemerkt, wurden alle quantitativen Angaben in diesem Beitrag mithilfe der Software AntConc ermittelt, vgl. hierzu <https://www.laurenceanthony.net/software/antconc/> [Zugriff am 01.06.2020].

[T05] Und echte Solidarität, liebe Kolleginnen und Kollegen, bedeutet eben auch, dass jetzt jeder und jede seine eigene Verantwortung dafür wahrnimmt, dieser **Krise** zu begegnen. Das bedeutet, Abstand halten; es bedeutet aber für die Zuständigkeitsverteilung in Europa auch, dass jedes Land, jede Region, die EU-Kommission und jeder Bürger an seiner Stelle seine Verantwortung wahrnehmen muss und nicht die Schuld auf andere abladen sollte. Wenn uns das gelingt, glaube ich, dass in dieser **Krise** auch eine Chance für Europa liegt. Herzlichen Dank.

[T06] Herr Präsident, verehrte Damen und Herren! Ich bin sicher: Wir werden diese **Krise** meistern, und wenn wir es richtig anfangen, werden wir als Europäer, werden wir als Europäische Union gestärkt aus dieser **Krise** hervorgehen. Vielen Dank.

Zu weiteren Politikfeldern, auf die thematisch sowie lexikalisch Bezug genommen wird, gehören u. a. Binnenmarkt (*deutsch-polnisch[e] Grenze, Grenzschießungen* [T01], *Grenzen hochzufahren*, <sup>2</sup>*Binnengrenzen* [T04], *Reisefreiheit, Schengen-Raum* [T06]), des Weiteren auch Menschenrechte und Demokratie (*Einschränkungen* [T01], *Gender-Strategie* [T02], *Einschränkung von bürgerlichen Freiheiten, Verhältnismäßigkeit, Einschränkungen* [T06]), Regionalpolitik (*Nationalstaaten, Regionen* [T02], *Region, Regionen und Teile der Europäischen Union, Regionen* [T04], *Region* [T05]) oder Umwelt (*Green Deal, Klimanotstand* [T02], *Green Deal, Farm to Fork Strategy, Biodiversitätsstrategie* [T04]). In vereinzelt Reden konzentrierten sich die Emittenten auch nicht selten in breitem Umfang thematisch auf weiteren Politikfeldern, wie etwa Verkehr (*Slot-Regulierung, Flugzeuge, Passagiere, Start- und Landerechte, Luftfahrt- und Tourismusbranche, Passagierrechte, Pauschalreiserichtlinie* [T06]), Entwicklung und Zusammenarbeit (*Rechtsgrundlagen, einheitliche, verbindliche Rahmenbedingungen, Staatengemeinschaft, Planungssicherheit* [T03]), Außen- und Sicherheitspolitik (*Flüchtlinge, Migranten, Migrationskrise, Zivilschutz* [T04]) oder Landwirtschaft (*Erntehelfer, Landwirtschaft* [T01]).

Im Hinblick auf die vorhergehend erläuterten Teilbereiche zu lexikalischen Kategorien der Textsorte Abgeordnetenrede im Europäischen Parlament lassen sich im Detail auch weitere Bezeichnungen isolieren, die fachsprachliche Prägung aufweisen, wie etwa in den Bereichen des allgemeinen politischen Institutionsvokabulars

Solidarität [T01, T03, T04, T05], Nationalismus [T01], Nationalstaaten [T02], Demokratie [T02], legitimiert [T02], Staatengemeinschaft [T03], Planungssicherheit [T03], Legislaturperiode [T03] Regulierungen [T03], Wahlkampf [T03], Neuordnung des Parlaments [T03], Wahlkreis [T05], Neufassung [T06], Zuständigkeitsgrenzen [T05],

oder EU-spezifischer Lexik

Präsident [T01, T02, T05, T06], europäische[r] Katastrophenfonds [T01], Regional- und Strukturförderung [T01], Finanzplan [T02], europäische[r] Arbeitskreis [T02], Subsidiaritätsprinzip [T03], Solidaritätsprinzip [T03], Kommission [T04, T06], Kommissar [T05], EU-Kommission [T05].

Hingegen können Formulierungen wie *Shutdown* [T02], *Farm to Fork Strategy* [T04], *Green Deal* [T02, T04] oder die einleitende italienischsprachliche Adressierung des Vorsitzenden des Europäischen Parlaments mit *Grazie Presidente* [T04] als Erscheinungsformen von „Eurospeak“ aufgefasst werden.

## 5. Fazit

Bei Betrachtung der Politikersprache in den Plenardebatten des Europäischen Parlaments unter fachkommunikativen Gesichtspunkten – auch im Hinblick auf die einleitend angesprochene Tätigkeit von germanistisch ausgebildeten Fachübersetzern u./o. -dolmetschern – fällt besonders bezüglich lexikalischer Kriterien die Komplexität dieses Phänomens auf. Basierend auf der Allgemeinsprache, ist es ein Konglomerat aus diversen nach den Politikfeldern der Europäischen Union gerichteten Fachsprachenpluralitäten, politischem Institutionsvokabular, EU-spezifischer Lexik, Erscheinungen von Eurospeak, ggf. auch spezifischer Parlamentssemiotik, politischen Schlagwörtern, aber auch umgangssprachlichen oder jargonisierten Formulierungen oder nationalen und regionalen Varianten. Bei der Abgrenzung der jeweiligen (Fach)bereiche bleiben die Übergänge im Sinn der horizontalen Gliederung der Fachsprachen selbstverständlich mehr oder minder fließend<sup>10</sup>. Bei Betrachtung der Ergebnisse der durchgeführten exemplarischen Analyse unter dem Aspekt des Fachlichkeitsgrads (vgl. hierzu Steinhauer 2000, 66) ist festzustellen, dass alle Redebeiträge bis auf bestimmte Ausnahmen mehr oder minder auch für Nichtfachleute zugänglich wären. Dies ist wohl auf die „trialogische“ Mehrfachgerichtetheit (vgl. Dieckmann 1981, 265ff.) politischer Kommunikation zurückzuführen. Die Doppel- oder auch Dreifachadressierung innerhalb parlamentarischer Plenardebatten kommt aufgrund der Omnipräsenz von Massenmedien etwa dadurch zum Tragen, dass sich der Textemittent zugleich an die im Plenum versammelten Adressaten (Berufspolitiker) sowie via Medien präsenste Öffentlichkeit (teils Nichtfachleute) richtet (vgl. Burkhardt 2003, 277).

---

<sup>10</sup> Zur Schichtung und Gliederung von Fachsprachen vgl. in diesem Zusammenhang Steinhauer (2000, 66ff.).

## Literatur

- Borchert, Jens (1999): Politik als Beruf: Die politische Klasse in westlichen Demokratien. In: Borchert, Jens/Zeiß, Jürgen (Hg.): Politik als Beruf. Die politische Klasse in westlichen Demokratien. Opladen: Leske/Budrich, S. 7–39.
- Borchert, Jens (2003): Die Professionalisierung der Politik. Zur Notwendigkeit eines Ärgernisses. Frankfurt am Main: Campus.
- Borchert, Jens/Stolz, Klaus (2003): Die Bekämpfung der Unsicherheit: Politikerkarrieren und Karrierepolitik in der Bundesrepublik Deutschland. In: Politische Vierteljahresschrift. 36, S. 609–629.
- Burger, Harald (1990): Sprache der Massenmedien. 2. durchgesehene und erweiterte Auflage. Berlin/New York: de Gruyter.
- Burkhardt, Armin (2003): Das Parlament und seine Sprache. Studien zu Theorie und Geschichte parlamentarischer Kommunikation. Tübingen: de Gruyter.
- Dieckmann, Walther (1975): Einführung in die Pragmatik und Semantik der politischen Sprache. Heidelberg: Winter.
- Dieckmann, Walther (1981): Politische Sprache. Politische Kommunikation. Vorträge. Aufsätze. Entwürfe. Heidelberg: Winter.
- Fix, Ulla (2014): Sprache, Sprachgebrauch und Diskurse in der DDR. Ausgewählte Aufsätze. Berlin: Frank & Timme.
- Girnth, Heiko (2015): Sprache und Sprachverwendung in der Politik. Eine Einführung in die linguistische Analyse öffentlich-politischer Kommunikation. Berlin/Boston: de Gruyter.
- Greiffenhagen, Martin (Hg.) (1980): Kampf um Wörter? Politische Begriffe im Meinungsstreit. München/Wien: Bundeszentrale für Politische Bildung.
- Greule, Albrecht (2004): Einführung aus sprachwissenschaftlicher Sicht. In: Lohse, W. Christian (Hg.): Die deutsche Sprache in der Europäischen Union. Rolle und Chancen aus rechts- und sprachwissenschaftlicher Sicht. Baden-Baden: Nomos, S. 9–12.
- Holly, Werner (1989): Sprache als Kompromiss. Zur Vermittlungssprache von Politikern. In: Mittelstraß, Jürgen (Hg.), Wohin geht die Sprache? Wirklichkeit – Kommunikation – Kompetenz. Essen: Akademie, S. 245–249.
- Holly, Werner (1990): Politikersprache. Inszenierungen und Rollenkonflikte im informellen Sprachhandeln eines Bundestagsabgeordneten. Berlin/New York: de Gruyter.
- Klein, Josef (1989): Wortschatz, Wortkampf, Wortfelder in der Politik. In: Klein, Josef (Hg.): Politische Semantik. Beiträge zur politischen Sprachverwendung. Opladen: Springer, S. 3–50.
- Klein, Josef (2000): Textsorten im Bereich politischer Institutionen. In: Brinker, Klaus et al. (Hg.), Text- und Gesprächslinguistik. Ein internationales Handbuch zeitgenössischer Forschung. Berlin: de Gruyter, S. 732–755.
- Lohse, Christian W. (2002): Sprachenvielfalt und einheitliche Rechtsanwendung in der EG: Dargestellt am Beispiel der Umsatz-/Mehrwert-Steuer. In: Umsatzsteuer-Rundschau. 51, S. 393–405.

- Luckmann, Thomas (1969): Soziologie der Sprache. In: König, René (Hg.): Handbuch der empirischen Sozialforschung. Bd. 2. Stuttgart: dtv, S. 1050–1101.
- Makowski, Jacek (2012): Euroabgeordneter als Beruf. Zu den Textemittenten der politischen Textsorte ‚Abgeordnetenrede im Europäischen Parlament‘ aus text-, sozio- und politolinguistischer Sicht. In: Weigt, Zenon et al. (Hg.): Felder der Sprache – Felder der Forschung. Sprache – Kommunikation – Kompetenzen. Łódź: Primum Verbum.
- Makowski, Jacek (2013): Die Abgeordnetenrede im Europäischen Parlament: Korpusgestützte textsortenorientierte Analyse deutschsprachiger Wortmeldungen in den Plenardebatten des Europäischen Parlaments. Łódź: Primum Verbum.
- Makowski, Jacek (2020): Von Imagepflege zur Diskreditierung politischer Gegner. Hassrede als Strategie von Online-Pressemitteilungen. In: Makowski, Jacek (Hg.): Hassrede – ein multidimensionales Phänomen im interdisziplinären Vergleich. Łódź: Verlag der Universität Łódź, S. 213–248, [https://wydawnictwo.uni.lodz.pl/wp-content/uploads/2020/02/Makowski\\_Hassrede.pdf](https://wydawnictwo.uni.lodz.pl/wp-content/uploads/2020/02/Makowski_Hassrede.pdf) [01.06.2020].
- Pappert, Steffen (2017): Plakatbusting: Die Umwandlung von Wahlplakaten in transgressive Sehflächen. In: Kämper, Heidrun/Wengeler, Martin (Hg.): Protest – Parteischelte – Politikverdrossenheit: Politikkritik in der Demokratie. Bremen: Hempen, S. 55–76.
- Ross, Andreas (2003): Europäische Einheit in babylonischer Vielfalt. Frankfurt am Main: Lang.
- Roth, Kersten Sven (2004): Politische Sprachberatung als Symbiose von Linguistik und Sprachkritik. Zu Theorie und Praxis einer kooperativ-kritischen Sprachwissenschaft. Tübingen: Niemeyer.
- Steinhauer, Anja (2000): Sprachökonomie durch Kurzwörter. Bildung und Verwendung in der Fachkommunikation. Tübingen: Narr.
- Strauß, Gerhard (1986): Der Politische Wortschatz. Zur Kommunikations- und Textsortenspezifik. Tübingen.
- Stolz, Klaus (2011): Die Entdeckung der politischen Klasse: Aktualität und Grenzen der Theorie Gaetano Moscas. In: Edinger, Michael/Patzelt, Werner J. (Hg.): Politik als Beruf: Neue Perspektiven auf ein klassisches Thema. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 33–51.

## Anhang

### [T01] Daniel Caspary (PPE)

Sehr geehrter Herr Präsident! Mit dem Ausbruch der Coronapandemie erleben wir in diesen Wochen eine globale Herausforderung biblischen Ausmaßes.

Ich bin schockiert von den Bildern und Filmen aus den Krankenhäusern, finde das ausgebreitete öffentliche Leben fast gespenstisch und habe in den vergangenen Tagen mit vielen gesprochen, die sich Sorgen um ihre persönliche Gesundheit, ihren Arbeitsplatz, ihre Firma und ihre Familie machen.

Und so langsam müssten es doch wirklich alle verstanden haben: Globale Herausforderungen kann man nicht durch Mauern, Grenzen und nationale Alleingänge lösen, globale Herausforderungen löst man am besten gemeinsam.

Wir brauchen europäische Solidarität und keinen Nationalismus. Wenn sich letzte Woche an der deutsch-polnischen Grenze ein 60 km langer Stau bildet und wichtige Ersatzteile, Lebensmittel und Produkte blockiert sind, dann hilft das niemandem. Wenn benötigte Fachkräfte wegen der Grenzsicherungen nicht an ihre Werkbänke kommen, Pfleger nicht zur Arbeit können und Erntehelfer in der Landwirtschaft fehlen, dann hilft das niemandem. Wenn in einigen Medien in diesen Tagen Stimmung gegen Bürger anderer EU-Staaten gemacht wird, dann hilft das niemandem. Aber es gibt auch Lichtblicke: Wenn sich die Menschen jeden Tag besser an die Einschränkungen halten, sich den neuen Herausforderungen stellen und in Familie und Beruf ihren persönlichen Beitrag leisten, dann ist das Europa. Wenn der europäische Katastrophenfonds Geld zur Verfügung stellt und Mittel aus Regional- und Strukturförderung für den Kampf gegen Corona und seine Folgen aktiviert werden, dann ist das Europa. Wenn Patienten aus Italien und Frankreich in Krankenhäuser nach Deutschland verlegt werden, in denen heute noch Platz ist, dann ist das Europa. Wenn Schutzausstattung und Beatmungsgeräte dorthin abgegeben werden, wo die Not am größten ist, dann ist das Europa. Wenn Forscher auch mit europäischen Geldern grenzüberschreitend an Tests, Impfstoffen, Medikamenten und Behandlungsmöglichkeiten forschen, dann ist das Europa. Und wenn sich in diesen Tagen viele Menschen bis zur Selbstaufgabe einbringen und ihren Beitrag leisten, dann ist das Europa. Und liebe Kolleginnen und Kollegen, dieses Europa der Gemeinsamkeit, der Solidarität und des Mitgefühls, das wollen wir alle gemeinsam leben. Von Herzen danke ich allen, die sich, egal wann und wo, in diesen schwierigen Tagen ihrer Verantwortung stellen.

**[T02] Maximilian Krah (ID)**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Was uns die Coronakrise gezeigt hat, ist, dass es Dinge gibt, die in der Krise funktionieren, und Dinge, die nicht funktionieren.

Es ist keine Einbildung nur meiner Fraktion, dass die Europäische Union in der Krise nicht das Heft des Handelns in der Hand hatte, sondern dass die Nationalstaaten es waren, die agiert haben. Sie haben Aktion gezeigt, wo es notwendig war, und wir sind es hier, die hinterherlaufen. Und auch der Finanzplan, über den wir heute abstimmen, er ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein im Vergleich zu dem, was jetzt an Notprogrammen in den Nationalstaaten aufgelegt wird.

Und das ist auch völlig richtig so. Denn in den Nationalstaaten und in den Regionen, da wissen die Leute, wo der Schuh drückt, und da kennen auch die Bürger ihre Politiker, weil es nahe ist und weil die Demokratie da funktioniert, wo eine Rückkopplung von der Macht zu denjenigen stattfindet, die sie gewählt haben.

Und deshalb ist diese Krise eine Frage, wo wir... was wir infrage stellen müssen an lieb gewonnenen politischen Projekten, die eben nicht krisenfest sind und die keinen Realitätsbezug haben. Und wir werden jetzt, nach diesem Shutdown, einen enormen Bedarf haben an Hilfsprogrammen, um die Wirtschaft wieder zum Leben bringen. Aber wir werden uns die Frage stellen müssen: Ist nicht diese konkrete Hilfe wichtiger als ein Green Deal? Ist es nicht an der Zeit zu überlegen, ob wir dasjenige, was uns hier so lieb und teuer ist, vom Klimanotstand bis zur Gender-Stra-



ategie, ob das nicht weniger wichtig ist als die konkrete Hilfe? Und damit eben auch, ob nicht dasjenige, was politisch an Strukturen konkret ist, weil es die Menschen kennen und weil es demokratisch legitimiert ist, wichtiger ist als der nächste europäische Arbeitskreis und die nächste föderale Idee, die wir hier aussinnen? Insofern ist die Krise das... der Weckruf, uns zurückzubringen zur Realität, wegzukommen von Ideologie und hinzukommen zur Realpolitik. Und dafür stehen wir, und wenn die EU eine Chance haben will, sollte sie sich diesem Trend anschließen. Sie sollte wieder realistisch werden und aufhören, einem Wolkenkuckucksheim nachzulaufen, das niemand braucht und das in der ersten Krise zusammenbricht. Vielen Dank.

**[T03] Helmut Geuking (ECR)**

Ja, schönen Dank. Nichts wird mehr so sein, wie es mal war. COVID-19 hat die Welt, Europa, Länder und seine Menschen verändert. Meine Gedanken sind bei den Opfern und ihren Angehörigen, und ich rege dafür auch eine Schweigeminute an. Wir müssen nachhaltige Antworten finden zur Bekämpfung des Virus und um den volkswirtschaftlichen Schaden zu händeln. Wir sollten nun das Subsidiaritätsprinzip in ein Solidaritätsprinzip wandeln. Denn diese Krise können wir nur gemeinsam unterstützend und solidarisch bewältigen. Um entsprechende Rechtsgrundlagen zu schaffen, sollten wir auch den Notstand ausrufen.

Unsere EU braucht nun einheitliche, verbindliche Rahmenbedingungen in vielen Bereichen. Wir sind eine Staatengemeinschaft und sollten diese nun auch leben, um für die Schwächsten da zu sein. Ich bin zuversichtlich, dass wir das Virus eindämmen. Die Auswirkungen insgesamt werden uns jedoch über Jahre beschäftigen. Menschen erwarten Lösungen und das fordert uns voraussichtlich in den nächsten sechs bis sieben Jahren ganz besonders. Ein komplettes Umdenken, um neue Wege zu erschließen, ist dabei nötig.

Die parlamentarische Arbeit muss unbeirrt fortgesetzt werden. Abstand halten und Hygienemaßnahmen zum Schutz sind doch möglich. COVID-19 ist und darf dazu kein Hindernis sein. Weiße Wochen halte ich für einen fatalen Fehler. Gerade in dieser Zeit sind wir ganz speziell gefordert. Wir haben keine Zeit zu verlieren und sollten sogar darüber nachdenken, dass wir zur Planungssicherheit diese Legislaturperiode bis 2026 sogar auszudehnen. Der Höhepunkt der anstehenden Regulierungen wird 2024/25 anstehen. Wahlkampf und Neuordnung des Parlaments wären dabei absolut kontraproduktiv. Ich bitte daher, darüber einmal nachzudenken.

Bei der Bekämpfung von COVID-19 und seinen Folgen darf es keine Denkverbote geben. Wir müssen entschlossen, schnell und nachhaltig agieren und uns darüber hinaus Planungssicherheit schaffen, um die Lebenssituation der Menschen Europas wieder zu ordnen und nachhaltig zu verbessern. Wir tragen Verantwortung, der wir nun gerecht werden müssen. Zusammen, gemeinsam und solidarisch bekommen wir das auch hin, da bin ich mir ganz sicher. Vielen Dank!

**[T04] Herbert Dorfmann (PPE)**

Grazie Presidente, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich komme aus Italien, einem Land, das ganz besonders von dieser Krise des Coronavirus betroffen ist und wir versuchen auch in meiner Region, so gut als möglich damit umzugehen.

Und ich glaube, es ist gut, dass wir heute hier über Maßnahmen, europäische Maßnahmen für diese Krise sprechen und diese wohl hoffentlich auch beschließen werden, denn diese Krise braucht eine europäische Antwort. Und ich glaube, die Menschen haben diese europäische Antwort bis heute zu wenig gespürt. Wenn es nämlich darum geht, das Nötigste jetzt zu haben, also medizinisches Material, Schutzmasken, Schutzanzüge, dann brauchen wir eine Solidarität in Europa.

Und den Staaten ist es am Anfang leider nichts Besseres eingefallen, als Grenzen hochzufahren, so zu tun, als ob dieses Virus vor Binnengrenzen haltmachen würde, so wie wir schon vor ein paar Jahren gemeint haben, dass Flüchtlinge und Migranten an Binnengrenzen haltmachen würden. Auch das war nicht der Fall.

Und leider trifft dieses Virus jetzt gerade wieder jene Regionen und jene Teile der Europäischen Union, die so sehr unter der Wirtschaftskrise gelitten haben und später auch unter der Migrationskrise gelitten haben. Und es sind auch Teile der Union, die auch damals sehr selten europäische Solidarität gespürt haben.

Und ich denke, wir müssen auch darüber nachdenken, wie die Menschen genau in diesen Regionen, in Spanien, in Italien, im Mittelmeerraum, wie diese Menschen nun eine ... nicht eine solidarit ... solidarische Union erleben. Wenn sie also nicht erleben, dass die Union jetzt agiert, da werden sie sich abwenden von der Union. Und das ist letztendlich existenziell für die Union selbst. Deswegen ist es auch ganz ex ... existenziell eine politische Frage. Deswegen müssen wir handeln. Wir brauchen eine agierende Kommission, wir brauchen einen agierenden Zivilschutz. Wir können ruhig Dinge, die jetzt nicht dringend notwendig sind, auf den Herbst verlegen.

Ich bin auch der Meinung, wir brauchen jetzt nicht unbedingt einen Green Deal, wir brauchen jetzt nicht unbedingt eine Farm to Fork Strategy, wir brauchen jetzt nicht unbedingt eine Biodiversitätsstrategie. Daran wird die Union nicht scheitern, wenn wir das im Herbst machen, das können wir da ... dort machen.

Aber die wichtigen Entscheidungen, die jetzt zu treffen sind, müssen wir jetzt machen. Ich glaube, das ist eine ganz besondere Zeit, die braucht ganz besondere Antworten, und die sollten wir treffen. Herzlichen Dank.

**[T05] Andreas Schwab (PPE)**

Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte heute, wie viele andere hier auch schon, mein Mitgefühl und meine Solidarität mit all den Menschen überall in Europa zum Ausdruck bringen, die von diesem Virus direkt oder indirekt betroffen sind. Ich glaube, die Botschaft des Parlaments heute, Herr Präsident, ist klar: Wir denken hier an diese Menschen. Und es ist ein trauriger Moment, der uns hier vereint, und wir wissen von vielen Kollegen, die auch gerne dazugekommen wären, es aber unter den gegenwärtigen Umständen nicht konnten. Und deswegen, glaube ich, ist es auch eine Botschaft von uns allen, die zeigt, dass es heute darum geht, echte Solidarität zu zeigen und nicht in alte Forderungen zurückzufallen, die wir schon früher in anderen Situationen gleichermaßen erhoben haben. Echte Solidarität, die Kollegen Esteban González Pons und Caspary haben schon darauf hingewiesen, bedeutet, dass wir heute diejenigen in den Mittelpunkt stellen, die Menschen aus anderen Ländern in ihren Krankenhäusern aufnehmen. Und ich

bin außerordentlich dankbar, dass in meinem Wahlkreis eine Vielzahl von Patienten aus Frankreich und Italien aufgenommen wird, dass wir die Menschen in den Mittelpunkt stellen, die nicht nur in Krankenhäusern und in den Straßen helfen, sondern die auf Balkonen singen oder für die Großeltern zum Einkaufen gehen, dass wir aber auch die europäischen Maßnahmen positiv sehen, die getroffen wurden, entlang der Zuständigkeitsgrenzen, die sich eben bieten.

Und echte Solidarität, liebe Kolleginnen und Kollegen, bedeutet eben auch, dass jetzt jeder und jede seine eigene Verantwortung dafür wahrnimmt, dieser Krise zu begegnen. Das bedeutet, Abstand halten; es bedeutet aber für die Zuständigkeitsverteilung in Europa auch, dass jedes Land, jede Region, die EU-Kommission und jeder Bürger an seiner Stelle seine Verantwortung wahrnehmen muss und nicht die Schuld auf andere abladen sollte. Wenn uns das gelingt, glaube ich, dass in dieser Krise auch eine Chance für Europa liegt. Herzlichen Dank.

**[T06] Jan-Christoph Oetjen (Renew)**

Herzlichen Dank, Herr Präsident! Wir beweisen heute, wie schnell und unbürokratisch die Europäische Union sein kann. Mit der Neufassung der Slot-Regulierung verhindern wir, dass in der Coronakrise Flugzeuge ohne Passagiere fliegen müssen, nur um Start- und Landerechte nicht zu verlieren. Die Luftfahrt- und Tourismusbranche ist dramatisch betroffen, diese Neuregelung hilft. Aber wir brauchen daneben auch Maßnahmen, die Passagierrechte betrifft und wegen der Pauschalreise-richtlinie. Hier muss die Kommission aus meiner Sicht dringend nachlegen.

Liquidität ist für die Unternehmen im Moment das größte Problem. Das gilt insbesondere auch für die mittelständische Wirtschaft. Die Menschen haben Angst vor dem Virus, aber sie haben auch Angst um ihren Arbeitsplatz, um ihr Unternehmen. Wir müssen hier unterstützen, damit Strukturen nicht wegbrechen. Das Maßnahmenpaket, das wir heute beschließen, ist dafür ein richtiger Schritt. Für den Fischeisektor greifen die Maßnahmen allerdings zu kurz. Insbesondere hier sind weitere Werkzeuge notwendig. Ich möchte die Kommission bitten, uns über die weiteren Pläne zu berichten.

Diese Krise, die Coronakrise, ist ein Stresstest für unsere liberale Demokratie. Die Einschränkung von bürgerlichen Freiheiten ist kaum zu ertragen. Aber um die Ausbreitung des Virus zu stoppen, scheint sie notwendig. Es gelten für uns aber zwei Maßstäbe, die wir an diese Maßnahmen anlegen: Das ist erstens die Verhältnismäßigkeit, und ich möchte hier klar sagen, die Maßnahmen, die in Ungarn getroffen worden sind, sind nicht verhältnismäßig, und die Maßnahmen müssen temporär sein. Nach der Krise müssen alle Einschränkungen wieder aufgehoben werden, und das gilt insbesondere auch für die Reisefreiheit im Schengen-Raum, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

Herr Präsident, verehrte Damen und Herren! Ich bin sicher: Wir werden diese Krise meistern, und wenn wir es richtig anfangen, werden wir als Europäer, werden wir als Europäische Union gestärkt aus dieser Krise hervorgehen. Vielen Dank.